



## Diktatur oder Demokratie? Defizite im zeitgeschichtlichen Wissen

*Klaus Schroeder, Monika Deutz-Schroeder*

### Zum Mitnehmen

- Zeitgeschichtliches Wissen ist bei Jugendlichen in Deutschland erschreckend gering ausgeprägt. Vielfach fehlt das Grundwissen über den Nationalsozialismus, die DDR und die Bundesrepublik.
- Bei vielen Jugendlichen fehlen Kenntnisse, um zwischen Diktaturen und Demokratien sicher unterscheiden zu können. Dies führt zu erheblichen Fehleinschätzungen in der Systembewertung und der aktuellen politischen Situation.
- Es fehlt vielfach an geschichtlichem Bewusstsein und Orientierungswissen. Diese Defizite begünstigen politische Populisten und Extremisten. Sie gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

## INHALT

- 2 | Wechselvolle  
Geschichte – und  
nichts daraus  
gelernt?
- 4 | Zeitgeschichtliches  
Wissen
- 6 | Systembewertungen
- 7 | Gleichwertigkeit  
der Systeme?
- 8 | Demokratie und  
Diktaturen
- 10 | Kommunistische  
Bewegungs- und  
Regimephase
- 12 | Konsequenzen  
für die politische  
Bildung

Populisten und Extre-  
misten als Gefahr für  
die Demokratie

Demokratie oder  
Diktatur?

## Wechselvolle Geschichte – und nichts daraus gelernt?

Die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, brach vor dem Hintergrund der katastrophalen sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise – millionenfache Arbeitslosigkeit und absolute Armut – und unter dem Ansturm linker und rechter totalitärer Kräfte zusammen. Von ihrem Ende her betrachtet, wird sie zu Recht als eine Demokratie ohne Demokraten bezeichnet. Die beiden Parteien, KPD und NSDAP, welche die Demokratie am brutalsten bekämpften, erhielten starken Zulauf von jungen Menschen, insbesondere von denen, die den Wert der parlamentarischen Demokratie nicht erkannten und keinen Sinn in ihrer Verteidigung sahen, sondern stattdessen lieber an ideologische Heilsversprechen glaubten. 1933 gelangten die Nationalsozialisten an die Macht, zerstörten die parlamentarische Demokratie, verfolgten und ermordeten politisch Andersdenkende und rassistisch Ausgegrenzte und entfesselten einen mörderischen Krieg.

Aus diesem historischen Desaster zog die auf den Trümmern des militärisch und moralisch besiegten nationalsozialistischen Deutschlands aufgebaute Bundesrepublik ihre Schlüsse. Sie begreift sich als wehrhafte Demokratie, die den Pluralismus und den Schutz der Individuen garantiert, aber Feinden der Demokratie keinen Spielraum geben will. An Schulen und Universitäten soll die Demokratieerziehung junger Menschen im Vordergrund stehen. Die Politikwissenschaft versteht sich als Demokratiewissenschaft.

In den Jahrzehnten ihrer Existenz erwies sich die Bundesrepublik nicht nur gegenüber dem realen Sozialismus im zweiten deutschen Teilstaat – der DDR – überlegen, sondern entwickelte sich zu einer stabilen Demokratie auf Basis einer sozialen Marktwirtschaft, die Wohlstand für nahezu alle hervorbrachte und mehrte.

Knapp 27 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland gerade auch im Vergleich zu anderen (nicht nur europäischen) Ländern immer noch ein sozial und politisch stabiles Land. Linke und rechte populistische sowie extremistische Kräfte und Parteien stellen die Grundlagen dieses erfolgreichen, über Jahrzehnte stabil gebliebenen Systems jedoch in Frage, so dass es umso wichtiger wird, nachwachsenden Generationen die Grundpfeiler des ökonomischen, sozialen und politischen Systems zu vermitteln.

Mehrere Studien und Befragungen des *Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin* ermittelten in den vergangenen Jahren zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen – mit ebenso ernüchternden wie erschreckenden Ergebnissen.

Die erste quantitative und qualitative Untersuchung<sup>1</sup> befasste sich mit dem Bild der DDR bei Schülern in Ost- und Westdeutschland. Die in ausgewählten Bundesländern befragten Schüler wussten nur wenig über das geteilte Deutschland und die DDR. Insbesondere viele ostdeutsche Jugendliche hatten ein positives Bild von der untergegangenen sozialistischen DDR und lobten mit breiter Mehrheit die sozialen Seiten des SED-Staates. Gleichzeitig neigte eine beträchtliche Minderheit zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Etwa ein Drittel der westdeutschen und gut die Hälfte der ostdeutschen Schüler – vor allem in Brandenburg und Ost-Berlin – hielten die DDR nicht für eine Diktatur. Westdeutsche Schüler sprachen zwar der DDR bei einigen sozialen Aspekten ebenfalls ein Lob aus, erkannten aber mit sehr breiter Mehrheit ihren Diktaturcharakter.

Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgte weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das westdeutsche deutlicher durch den Schulunterricht beeinflusst war. Auch Filme wirkten sich bei Schülern aus allen Regionen (zumindest unbewusst) auf die Einschätzung des SED-Staates aus. Das Bild der DDR der Schüler korrespondierte stark mit ihrem Kenntnisstand: Je mehr sie über den SED-Staat wussten, desto kritischer fiel ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp.

Angesichts der hohen medialen und politischen Resonanz auf die Ergebnisse der Studie führten wir einige Jahre später erneut Befragungen zu zeithistorischen Kenntnissen und Urteilen durch. Dabei erweiterten wir die abgefragten Kenntnisse und Urteile um Fragen zum nationalsozialistischen Deutschland, zur alten Bundesrepublik und zum wiedervereinigten Deutschland. Die Schüler hatten die Möglichkeit einer vergleichenden Betrachtung und Einordnung der vier Systeme.

Das zentrale Ergebnis der zweiten Studie<sup>2</sup> bestätigte den direkten Zusammenhang von historischem Wissen und Systembewertung. Durchgängig zeigte sich ein unmittelbarer Zusammenhang von Kenntnisgrad und Urteilen für alle Fragen zu den Systemen sowie zu deren Gleichwertigkeit. Je höher das systemspezifische Wissen ausfiel, desto häufiger stuften die Schüler Nationalsozialismus und DDR als Diktaturen und die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung als Demokratie ein. Wer dagegen nur geringe Kenntnisse besaß, kam öfter zu anderen Systembewertungen oder setzte sogar alle vier Systeme auf die gleiche Stufe. Wer nicht wusste, was eine Demokratie auszeichnet oder eine Diktatur charakterisiert, und nur über wenige historische Kenntnisse verfügte, konnte die vier Systeme nicht angemessen einordnen und unterscheiden. Erst sekundär – nach den Kenntnissen – wirkten sich die besuchte Schularart, das Geschlecht oder die Herkunft der Eltern auf die Urteile der Schüler aus.

Ohne belastbares Wissen keine angemessene Bewertung

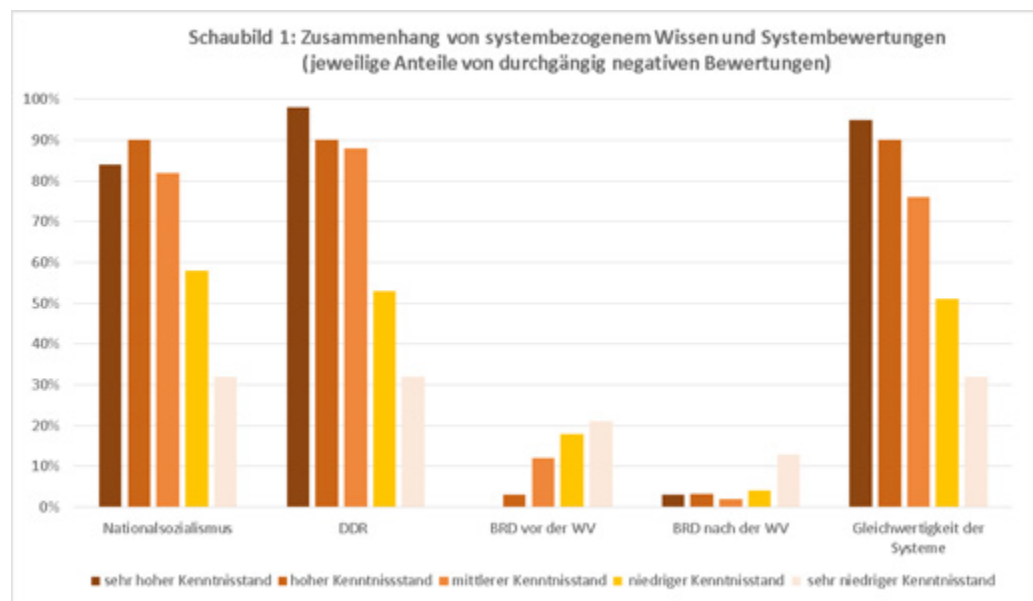
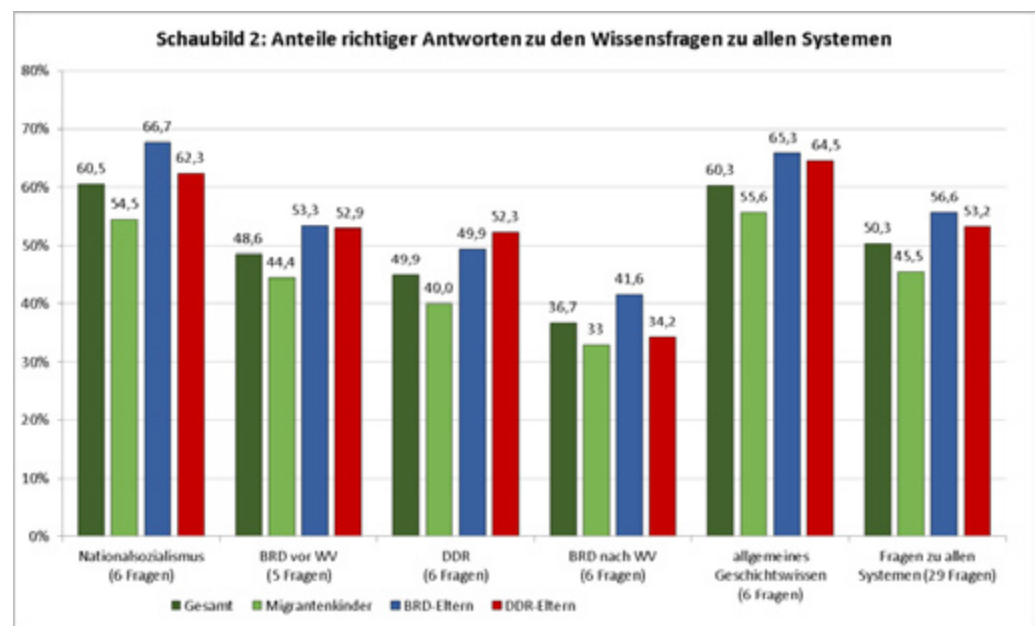


Schaubild 1: Dieses und die anderen Schaubilder dokumentieren die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Schülern in ausgewählten Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) durch den Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Die anderen Länder, die ebenfalls um eine Teilnahme gebeten wurden, lehnten dieses Ansinnen ab. In Schaubild 1 wird illustriert, in welchem Maß Befragte mit unterschiedlichen Kenntnisständen ein negatives Urteil über die vier Systeme (Nationalsozialismus, DDR, Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung) abgaben. Aus Platzgründen wurden bei allen Schaubildern die Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung mit „BRD vor WV“ und die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung mit „BRD nach WV“ abgekürzt. Quelle: Schroeder 2012, S. 417.

## Zeitgeschichtliches Wissen

### Defizitäre Kenntnisse

Der Kenntnisstand zu den einzelnen Systemen differierte deutlich: Am meisten wussten die Schüler über den Nationalsozialismus, am wenigsten über das wiedervereinigte Deutschland. Die Kenntnisse über die (alte) Bundesrepublik und die DDR waren im Vergleich zu denen über den Nationalsozialismus ebenfalls auffällig gering. Unerwartet schwach fielen sie über das wiedervereinigte Deutschland aus. Nur gut ein Drittel der Wissensfragen konnten die Jugendlichen richtig beantworten, während im Gegensatz gut 60 Prozent der Fragen zum Nationalsozialismus richtig beantwortet wurden. Das Wissen über die DDR war mit weniger als der Hälfte richtiger Antworten ebenfalls unterdurchschnittlich. Dieses Muster bestand quer durch alle Schularten und Bundesländer.



*Schaubild 2: In diesem Schaubild wird illustriert, wie hoch der Anteil der richtigen Antworten der Wissensfragen zu Nationalsozialismus, der Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung (BRD vor WV), der DDR und der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung (BRD nach WV) war. Die Ergebnisse wurden nach der Herkunft der Eltern sortiert um deren Einfluss aufzuzeigen. Quelle: Schroeder 2012, S. 319.*

Neben der Aufschlüsselung nach Schulart und Wohnort bezogen wir – erstmalig in einer repräsentativen empirischen Untersuchung zu zeitgeschichtlichen Kenntnissen und Urteilen – auch die Herkunft der Eltern in die Analyse mit ein.<sup>3</sup> Dabei stellte sich heraus, dass Jugendliche mit in der Bundesrepublik geborenen Eltern über höhere Kenntnisse verfügten als ihre Altersgenossen mit Eltern, die in der DDR geboren wurden. Besonders gering waren die Kenntnisse bei Schülern mit in der DDR geborenen Eltern, die im Westen zur Schule gingen, während Schüler mit Eltern aus den alten Bundesländern, die in den neuen Ländern die Schule besuchten, mit Abstand an der Spitze der kenntnisreichen Schüler standen. Den durchgängig geringsten Kenntnisstand hatten Jugendliche mit mindestens einem ausländischen Elternteil.

Die Wissensfragen hatten einen unterschiedlichen Schwierigkeitsgrad. So fragten wir zum Beispiel bezogen auf den Nationalsozialismus, was unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten abgeschafft wurde. Von den vier Antwortmöglichkeiten (Grundrechte, Reichsmark, Wehrpflicht und Reisefreiheit) entschieden sich weniger als die Hälfte für die richtige Antwort – die Grundrechte.

## Nationalsozialismus

Während eine breite Mehrheit wusste, wofür der Ort „Auschwitz“ steht, nahm nur etwa die Hälfte an, die Nationalsozialisten und Hitler seien durch Wahlen an die Macht gekommen. Die anderen Schüler konnten sich offenbar nicht vorstellen, dass demokratisch gewählte Parteien eine Diktatur anstreben und errichten, wenn sie die Möglichkeit hierzu haben. Auch bezogen auf die heutige Zeit gilt jedoch: Wer demokratisch gewählt wird, muss noch lange nicht demokratisch sein oder bleiben.

Nahezu alle Schüler erwähnten, der Nationalsozialismus würde im Schulunterricht umfassend behandelt. Umso erstaunlicher mutet vor diesem Hintergrund an, dass nur knapp die Hälfte den Kern der NS-Ideologie – die Ungleichwertigkeit von Individuen/Ethnien – kannte.

## Bundesrepublik

Bezogen auf die alte Bundesrepublik fragten wir nach dem Begriff „Deutscher Herbst“.<sup>4</sup> Die Antwort kannten nur gut zehn Prozent; für knapp die Hälfte stand der Begriff für die letzten Wochen vor dem Fall der Berliner Mauer. In Gesprächen mit Schülern nach der quantitativen Befragung stellte sich heraus, dass überwiegend weder die gewalttätige Dimension der 68er-Bewegung noch der Linksterrorismus Thema im Schulunterricht waren.

Bei der Frage, welche Politiker für das „Wirtschaftswunder“ in der alten Bundesrepublik stehen, nannten erstaunlicherweise mehr Schüler mit in der DDR als mit in der Bundesrepublik geborenen Eltern Ludwig Erhard und Konrad Adenauer. Gut ein Fünftel der Jugendlichen, sogar ein Viertel der Gymnasiasten, glaubte, Willy Brandt und Egon Bahr seien hierfür verantwortlich gewesen.

## DDR

Kenntnisse über Geschichte und Strukturen der DDR fielen wie bei der Vorläuferstudie ebenfalls nicht nennenswert gut aus. Die Frage nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 beantwortete nur gut ein Drittel richtig. Die Mehrzahl der Schüler identifizierte mit diesem Datum entweder die internationale Anerkennung der DDR als Staat, einen deutsch-sowjetischen Vertragsabschluss oder eine Währungsreform in der DDR. Aus welchen Parteien sich die SED, die die Verantwortung für die sozialistische Diktatur trug, konstituierte, wusste nur weniger als die Hälfte. Insofern verwundert es nicht, dass 20 Prozent die SED für einen Zusammenschluss von KPD und NSDAP hielten, und eine relative Mehrheit der Hauptschüler glaubte, diese Partei sei aus SPD und NSDAP gebildet worden. Viele Gymnasiasten dagegen verschmolzen SPD und PDS zur SED.

## Nach der Wiedervereinigung

Die Kenntnisse über das wiedervereinigte Deutschland waren deutlich geringer als die über die anderen drei Systeme. Der durchschnittliche Anteil richtiger Antworten lag bei gut einem Drittel. Nur etwa ein Fünftel wusste, wodurch die rot-grüne Bundesregierung das deutsche Sozialsystem reformierte – die Agenda 2010 –, eine relative Mehrheit nannte als Reformprojekt den Solidaritätszuschlag. Die Herkunft der Partei Die Linke bzw. der PDS – die SED – kannte ebenfalls nur ein Drittel.

Die sechs Fragen zum allgemeinen Geschichtswissen beantworteten in etwa ebenso viele Schüler richtig wie die Fragen zum Nationalsozialismus. Die Kenntnisse über die alte Bundesrepublik und zur DDR lagen zwar über denen zum wiedervereinigten Deutschland, aber deutlich unter denen zum Nationalsozialismus und zum allgemeinen Geschichtswissen.

## Systembewertungen

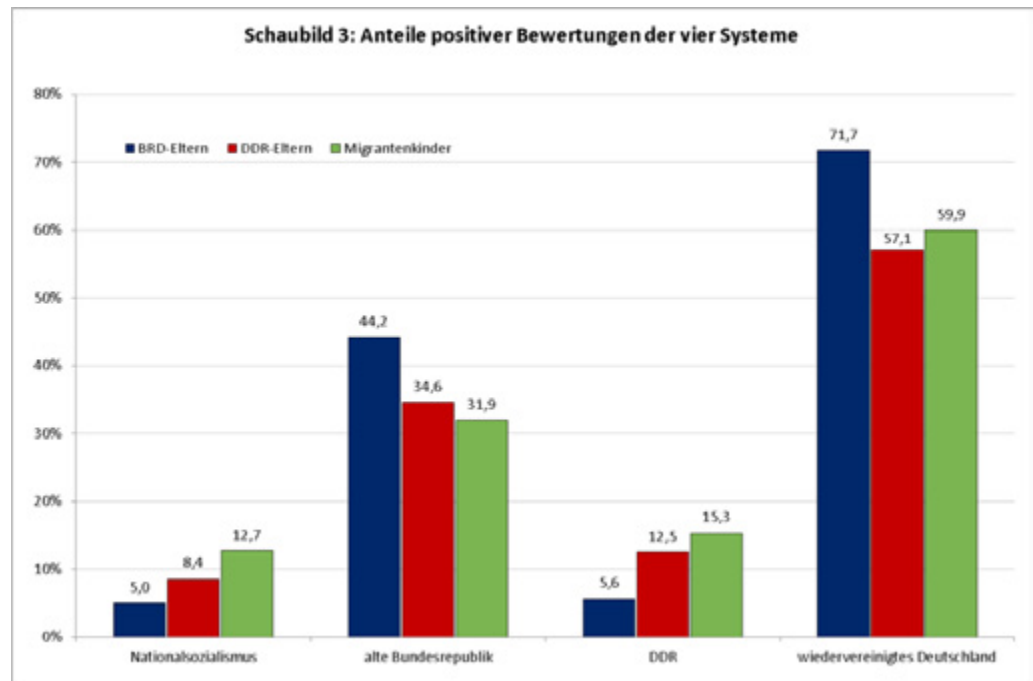
Zur Bewertung der Systeme<sup>5</sup> präsentierten wir den Jugendlichen Aussagen, zu denen sie sich mittels einer mehrstufigen Skala äußern sollten. Die Statements deckten unterschiedliche Dimensionen ab, wie beispielsweise die Beurteilung eines Demokratie- beziehungsweise Diktaturcharakters und die Einschätzung der Sozialpolitik, Meinungsfreiheit oder Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus sollten die Schüler Aussagen über eine mögliche Gleichwertigkeit der Systeme bewerten. Aus den Einzelantworten errechneten wir das Gesamtbild eines Systems und erfassten dieses dann in den Kategorien positiv, neutral und negativ. Die ermittelten Systembewertungen der Jugendlichen zeigten überwiegend eine eindeutige Tendenz.

Ein positives Bild vom Nationalsozialismus hatten knapp zehn Prozent, ein neutrales Bild dieser Diktatur wies etwa ein Viertel auf; etwa zwei Drittel beurteilten ihn negativ. Jugendliche mit Migrationshintergrund bewerteten den Nationalsozialismus deutlich positiver als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Beispielsweise schätzten ihn knapp 18 Prozent der Jugendlichen mit Eltern aus dem Nahen Osten und knapp 16 Prozent mit türkischen oder kurdischen Eltern positiv ein. Insbesondere die Idee und historische Praxis der Volksgemeinschaft hielten sie für attraktiv.

Etwas besser als den Nationalsozialismus beurteilten die Jugendlichen die DDR. Gut zehn Prozent werteten sie positiv, mehr als ein Viertel sah die sozialistische Diktatur neutral, knapp zwei Drittel hatten ein negatives DDR-Bild. Allerdings machte sich hier der Einfluss von in der DDR geborenen Eltern stark bemerkbar. Nur gut die Hälfte ihrer Kinder beurteilte die DDR negativ, etwa 35 Prozent fällten ein neutrales Urteil.

Die alte Bundesrepublik schnitt bei der Systembewertung überraschend schlecht ab: Nur gut ein Drittel sah sie durchgängig positiv. Fast die Hälfte der Jugendlichen hatte ein neutrales Bild von der Bundesrepublik in der Zeit von 1949 bis 1990. Ein negatives Bild hatten gut 15 Prozent. Kinder von in der Bundesrepublik geborenen Eltern bewerteten die alte Bundesrepublik deutlich positiver als jene, deren Eltern in der DDR oder im Ausland geborenen waren.

Das wiedervereinigte Deutschland schnitt im Vergleich der Systembewertungen eindeutig am besten ab. Knapp zwei Drittel der Schüler hatten ein positives und nur sehr wenige ein durchgängig negatives Bild von dem Staat, in dem sie leben. Allerdings fiel das positive Urteil recht unterschiedlich aus: Während sich gut 70 Prozent der Jugendlichen mit Eltern aus der alten Bundesrepublik zufrieden zeigten, waren Schüler mit Eltern aus der DDR mit 57 Prozent deutlich unzufriedener – sogar unzufriedener als Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dennoch lässt sich festhalten, dass das wiedervereinigte Deutschland eindeutig das „Lieblingssystem“ der Jugendlichen war. Es war allerdings auch das einzige der vier Systeme, das sie aus eigenem Erleben kannten. Insofern gehen wir davon aus, dass ihr Urteil auch ihre allgemeine Lebenszufriedenheit widerspiegelte.<sup>6</sup>



*Schaubild 3: Die Bewertung der Systeme ergibt sich aus den Antworten auf verschiedene Aussagen zu den vier Systemen. Das Schaubild zeigt den Einfluss der Herkunft der Eltern auf die Bewertung der vier Systeme durch die Schüler. Quelle: Schroeder 2012, S. 331, 344, 354 und 365.*

## Besseres Wissen – angemessene Urteile

Die Systembewertungen der Jugendlichen brachten zwei überraschende Ergebnisse:

Erstens bestanden zwischen Vorstellungen und Urteilen im Hinblick auf die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung deutliche Differenzen. Für die Jugendlichen waren die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung offensichtlich zwei verschiedene (System- und Lebens-) Welten. Die Differenzen, die sie etwa hinsichtlich der demokratischen Legitimation von Regierungen oder der Gewährleistung von Meinungsfreiheit empfanden, lassen sich allerdings in der Realität schwerlich wiederfinden. Offenbar erkannten die Jugendlichen in den vier Systemen nicht zwei Demokratien und zwei Diktaturen, sondern ein gutes und drei mehr oder weniger schlechte Systeme.

Der zweite Befund ist nicht minder auffällig: Die in den Bewertungen zum Ausdruck kommende Differenz zwischen der DDR und der alten Bundesrepublik war oftmals überraschend gering. Wer allerdings mehr Kenntnisse über die unterschiedlichen Realitäten in Ost und West zu Zeiten der Teilung hatte, teilte diese gleichsetzenden Einschätzungen nicht.

## Gleichwertigkeit der Systeme?

Neben detaillierteren Urteilen über jedes der vier Systeme fragten wir nach einer möglichen Gleichwertigkeit der Systeme.<sup>7</sup> Dazu sollten die Schüler angeben, ob sie die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme und die Gewährleistung von Menschenrechten, individueller Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit als gleichwertig ansahen.

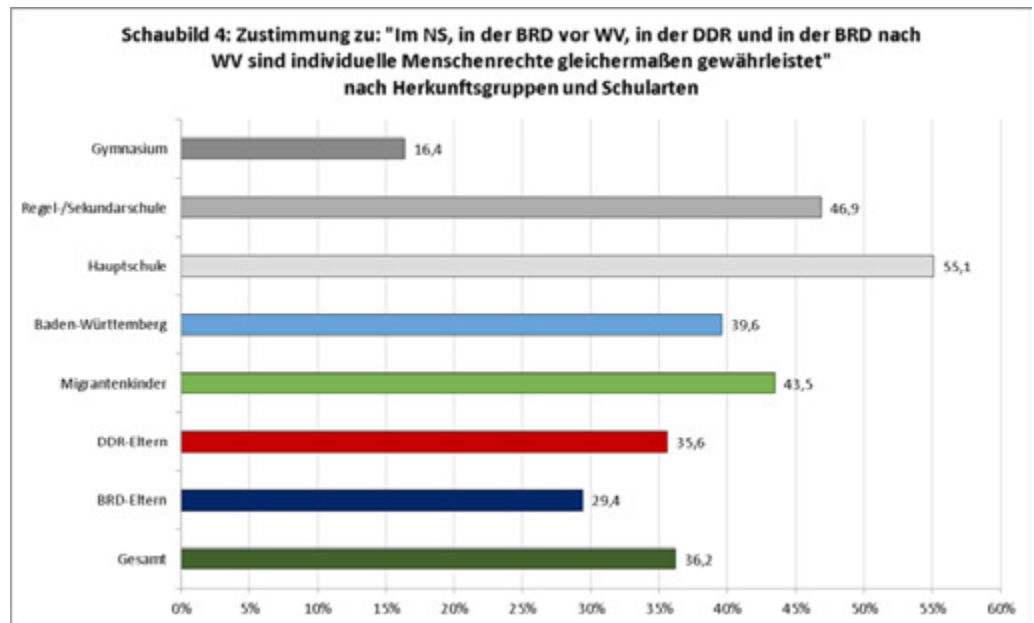


Schaubild 4: Es zeigt die Unterschiede zwischen den Antworten der Schüler in verschiedenen Schulsystemen sowie mit unterschiedlicher Herkunft ihrer Eltern. Quelle: Schroeder 2012, S. 372.

Mit Ausnahme des politischen Systems, bei dem knapp 17 Prozent von einer Gleichwertigkeit ausgingen, war dies bei den anderen Dimensionen bei rund 30 Prozent der Befragten der Fall. Eine gleiche Gewährleistung von Menschenrechten in den vier Systemen behauptete sogar mehr als ein Drittel. Insgesamt lehnten durchgängig nicht einmal zwei Drittel die Aussagen zur Gleichwertigkeit ab, wobei sich die Herkunft der Eltern stark auf die Einschätzung auswirkte. Nur gut 70 Prozent der Kinder mit Eltern aus der Bundesrepublik, knapp 60 Prozent der Kinder mit Eltern aus der DDR und rund die Hälfte der Kinder von im Ausland geborenen Eltern sprachen sich gegen eine Gleichwertigkeit von Diktaturen und Demokratien aus; die übrigen konnten nicht durchgängig zwischen den charakteristischen Merkmalen und Dimensionen von demokratischen und diktatorischen Systemen unterscheiden. Diese Ergebnisse belegen ebenfalls, dass es überraschend vielen an Fähigkeiten zur Differenzierung zwischen Demokratie und Diktatur mangelte. Aber auch hier galt: Je ausgeprägter das Wissen war, desto angemessener fiel das Urteil aus. Eine Gleichwertigkeit der Systeme nahmen vor allem Schüler mit geringem zeitgeschichtlichem Wissen an.

## Demokratie und Diktaturen

Viele Jugendliche hatten aufgrund mangelnder Kenntnisse Probleme, die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen. Knapp ein Viertel hielt den Nationalsozialismus durch demokratische Wahlen legitimiert und etwa ein Drittel attestierte der DDR eine demokratische Legitimation. Dabei ging knapp ein Drittel mit in der DDR geborenen Eltern, aber nur knapp ein Viertel mit in der Bundesrepublik geborenen Eltern davon aus, dass es im SED-Staat demokratische Wahlen gab (gut 40 Prozent der Migrantenkinder). Noch auffälliger, um nicht zu sagen, erschreckender, waren die Ergebnisse für die Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung: Nur gut die Hälfte beziehungsweise lediglich drei Viertel hielten die alte bzw. die neue Bundesrepublik durch demokratische Wahlen legitimiert.

Unterscheidungs-  
probleme



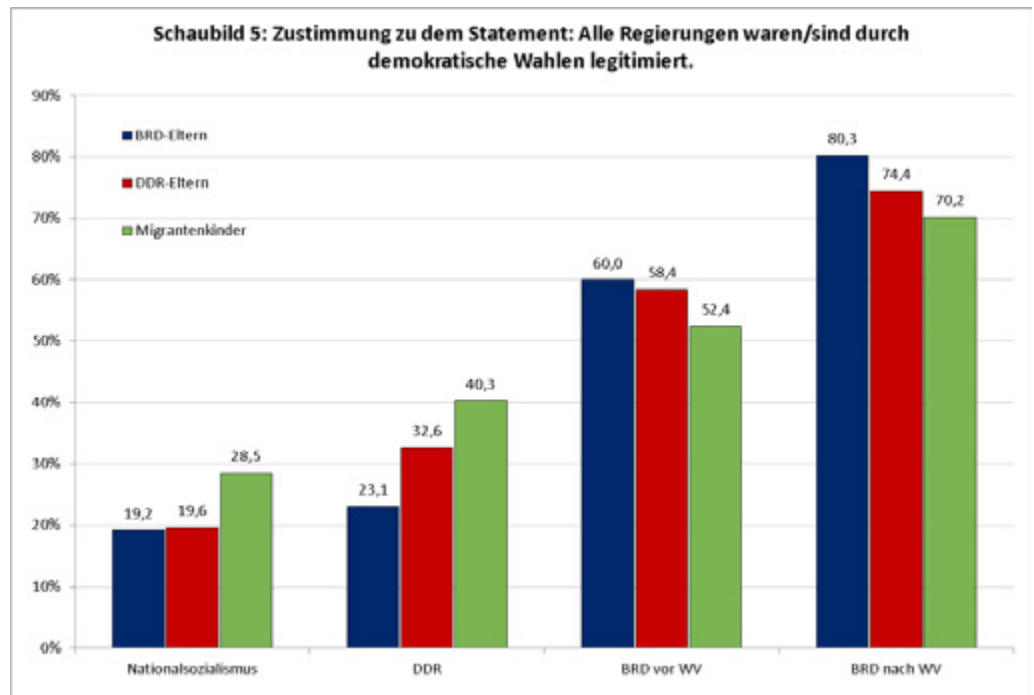


Schaubild 5: Es veranschaulicht die unterschiedlichen Antworten der Schüler auf die Frage, ob die verschiedenen Systeme durch demokratische Wahlen legitimiert waren, im Hinblick auf die Herkunft der Eltern der Schüler. Quelle: Schroeder 2012, S. 369.

Ebenfalls nachdenklich stimmen die Ergebnisse der Fragen nach einem allgemeinen Demokratie- bzw. Diktaturcharakter der vier Systeme: Keinen Zweifel am Diktaturcharakter des Nationalsozialismus hatte lediglich gut die Hälfte der Schüler, bezogen auf die DDR sogar nur gut ein Drittel. Die anderen Jugendlichen – fast die Hälfte beim Nationalsozialismus und knapp zwei Drittel bei der DDR – waren sich unsicher, wie sie diese beiden Systeme einordnen sollten, oder bewerteten sie ausdrücklich nicht als Diktaturen. Die (alte) Bundesrepublik hielt nur gut die Hälfte für eine Demokratie, und selbst das wiedervereinigte Deutschland wurde von weniger als zwei Dritteln ausdrücklich als Demokratie eingestuft.

Schaubild 6: Demokratie und Diktatur in vier Systemen

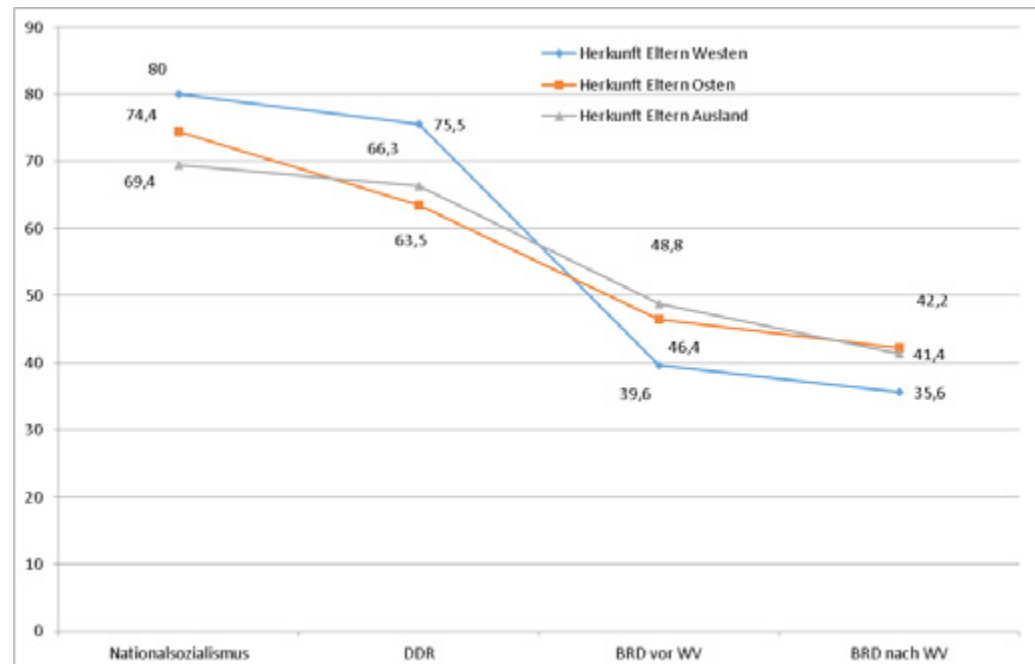


Schaubild 6: Die Daten für den Nationalsozialismus und die DDR beziehen sich auf die Anteile der Befragten, die die Aussage, diese Systeme seien keine Diktatur, ablehnten, sie mithin für eine Diktatur hielten. Die Daten zur Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung bezeichnen die Anteile der Befragten, die diese beiden Systeme nicht als Demokratie einstufen. Quelle: Schroeder 2012, S. 370.

## Kommunistische Bewegungs- und Regimephase

Eine Befragung von jugendlichen Besuchern in zwei DDR-Gedenkstätten in Berlin (Stasi-Museum und Gedenkstätte Hohenschönhausen) erforschte, ob die Auseinandersetzung mit den realen diktatorischen Zuständen in der sozialistischen DDR Verknüpfungen mit aktuellen Vorstellungen von Kommunisten bzw. Linksextremisten in der Bundesrepublik liefert.<sup>8</sup> Die Ergebnisse fielen in einigen Punkten widersprüchlich, insgesamt aber ernüchternd aus.

Zwar bewertete eine breite Mehrheit die Stasi und ihre Methoden eindeutig negativ, aber nur knapp die Hälfte charakterisierte das politische System der DDR als Diktatur. Als nach einer politischen Gruppe gefragt wurde, die ein ähnliches System wie das der DDR anstrebte, nannte eine relative Mehrheit die NPD/NSDAP und etwas weniger die Partei Die Linke.

Die spontanen Assoziationen zu den Begriffen „Sozialismus/Kommunismus“ reichten von Gleichstellung im positiven Sinn bis zur Diktatur des Proletariats, gut ein Drittel hatte allerdings keine Vorstellungen. Eindeutig negativ besetzte Begriffe fielen etwa einem Drittel der Befragten ein; ebenso viele hatten eher positive oder neutrale Assoziationen.

Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur waren den meisten Jugendlichen geläufig und konnten den gegensätzlichen Herrschaftsformen der Bundesrepublik und der DDR zugeordnet werden. Für fast alle stand dabei das Widerspruchspaar

Volkssouveränität versus Alleinherrschaft (einer Partei) im Vordergrund. Gewährte und unterdrückte Grundrechte nannte nur eine Minderheit. Die gegensätzlichen Prinzipien Gewaltenteilung und Gewaltenkonzentration kannten nur sehr wenige.

Einen Zusammenhang zwischen der kommunistischen Regimephase in der DDR und einer aktuellen kommunistischen bzw. linksextremen Bewegungsphase sah nur eine kleine Minderheit. Die Hälfte konnte sich unter „aktuellem Linksradikalismus/ Linksextremismus“ nichts vorstellen. Diejenigen, die hiermit etwas assoziierten, nannten „Gewalt“ und „Antifaschismus“ gefolgt von „Gleichberechtigung/Gemeinschaft“ und „Sozialismus/Kommunismus“. Nur vereinzelt verknüpften Schüler „antidemokratisch“ oder „antikapitalistisch“ mit „linksradikal/linksextrem“.

Gut die Hälfte kannte eine aktuelle linksradikale/linksextreme Gruppe. Nahezu gleich viele erwähnten Antifa und NPD; nur eine Minderheit assoziierte die DDR mit Linksextremismus und der Partei Die Linke.

Die zugespitzte Frage, ob Kommunisten als Linksextremisten einzuordnen sind, beantwortete gut ein Drittel mit „ja“ und knapp 30 Prozent mit „nein“, der Rest konnte die Frage nicht beantworten. Bei der Frage, ob sozialistische/kommunistische Ideen zwangsläufig in Systemen wie der DDR enden, standen sich drei gleich starke Gruppen gegenüber, die mit „ja“ oder „nein“ antworteten oder keine Angaben machten. Gemeinsamkeiten zwischen der DDR und aktuellen linksextremen Gruppen benannte nur ein gutes Viertel, weniger als zwei Drittel betonten Unterschiede. Erneut zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Wissen und Urteilen. Je höher der Kenntnisstand über die DDR ausfiel, desto öfter wurden Gemeinsamkeiten festgestellt, je niedriger das Wissen, desto häufiger verwiesen die Jugendlichen auf Unterschiede.

Ein ähnliches Ergebnis erhielten wir bei den Antworten auf die Frage nach Unterschieden zwischen aktuellen linksextremen Gruppen: Knapp ein Fünftel antwortete mit „ja“, knapp ein Drittel mit „nein“. Insbesondere Jugendliche mit geringen DDR-Kenntnissen und politisch links eingestellte verwiesen auf Unterschiede.

Eine relative Mehrheit schätzte Linksextremisten als eine Gefährdung für die Demokratie ein; etwas weniger lehnten diese Behauptung ab und etwa gleich viele machten keine Angaben, fühlten sich offenbar mit dieser Frage überfordert.

Als Fazit der Befragungen steht die Erkenntnis, dass die meisten Schüler mit den Begriffen „linksradikal“ und „linksextrem“ wenig anfangen können. Die Mehrzahl der Schüler differenzierte nicht zwischen einer sozialistisch-kommunistischen Bewegungsphase und einer Regimephase. Offenbar sind Gedenkstättenbesuche nur bedingt sinnvoll, um über Gefährdungen durch den aktuellen Linksextremismus aufzuklären.

Zeitgeschichtliche Urteile der Schüler resultieren – so das Ergebnis unserer Befragungen – nicht nur aus dem Schulunterricht, sondern sind in etwa gleichem Maße Ausdruck und Ergebnis privater, zumeist familiärer Gespräche über Zeitgeschichte.<sup>9</sup> Eltern und Großeltern erzählen vom „gelebten Leben“ und beeinflussen damit mehr oder weniger bewusst junge Menschen in ihrem Urteil. Insofern ist die Weichzeichnung diktatorischer Verhältnisse eher die Regel als die Ausnahme.

Wenn Jugendliche über kein oder wenig eigenes historisches Wissen verfügen, wirken Gespräche und Erzählungen in besonders prägender Weise. Bezogen auf die

DDR wird ihre diktatorische Dimension ausgeblendet und der soziale Alltag in den Vordergrund gerückt. Dies bleibt nicht ohne Folgen für das historische und aktuelle Selbstverständnis einer Gesellschaft.

Zeitgeschichtliches  
Wissen – Orientie-  
rungswissen

Um durch Unwissenheit geschuldeten Urteilen entgegenzuwirken, bedarf es in der Gesellschaft eines Bewusstseins für (gemeinsame) Vergangenheiten – negative, aber auch positive –, die Orientierung für Gegenwart und Zukunft geben können. Ein derartiges Geschichtsbewusstsein muss Teil des Selbstverständnisses des Einzelnen und der Gesamtgesellschaft sein. Es bildet die Grundlage von Werten, Interessen, Erwartungen und Handlungen. Geschichtsbewusstsein ermöglicht die Interpretation der Vergangenheit und bietet gleichzeitig Gegenwarts- und Zukunftsorientierung.

Geschichtsbewusstsein

Aus der Geschichte lässt sich lernen, allerdings nicht ohne grundlegende Kenntnisse über sie. Historische Kenntnisse sind unverzichtbar und wesentlich für die historische Urteilsbildung. Ohne sie sind Bewertungen des historischen Geschehens lediglich Vorurteile, Klischees, Bekenntnis- oder Gesinnungsformeln und öffnen Ledigen Tür und Tor. Erst die Vermittlung von grundlegenden historischen Kenntnissen und Werten eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens konstituiert ein Geschichtsbewusstsein, das mehr vermag als nur Fakten aneinander zu reihen oder die „richtige Gesinnung“ zu vermitteln.

### Konsequenzen für die politische Bildung

Hohe Anforderungen  
an die politische  
Bildung

Der Vergleich der verschiedenen Aspekte der Befragungen zeigt, dass viele Jugendliche nicht explizit zwischen Demokratie und Diktaturen unterscheiden konnten, was aber nicht bedeutet, dass die meisten von ihnen mit Diktaturen sympathisierten. Eine vermeintliche Diktaturfeindlichkeit oder Diktaturaffinität kann auch ein Transferproblem aufgrund mangelnder Kenntnisse, also Unwissenheit sein. Aus dieser Tatsache ergeben sich hohe Anforderungen an die politische Bildung, die sich gleichermaßen an Jugendliche und an Erwachsene richten muss. Die Vermittlung von Kenntnissen sollte als Grundlage für Urteilsfähigkeit aus der Perspektive einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft verstanden werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass „verordnete“ Einstellungen nicht weiterhelfen.

Die Etablierung einer eindeutig ablehnenden normativen Bewertung des Nationalsozialismus ist zwar begrüßenswert, hilft aber der politischen Bildung nur bedingt. Eine nur erlernte „richtige“ Einstellung allein versetzt Jugendliche (und auch Erwachsene) nicht in die Lage, ihre Urteile auch auf konkrete Einzelfragen sowie auf andere Situationen oder andere Systeme zu übertragen. Im Ergebnis führt dies, im Verbund mit geringem Wissen, zu erschreckenden Befunden, wie etwa zu dem Ergebnis, dass ein Drittel die Gestapo für eine Sonderpolizei hielt, die auch jeder demokratische Staat hat. Dem Ministerium für Staatssicherheit attestierte dies sogar mehr als ein Drittel (über 40 Prozent der Kinder von in der DDR geborenen Eltern).

Bewusstsein für frei-  
heitlich-demokratische  
Grundordnung schaffen

Politische Bildung sollte ein Bewusstsein für die Bedeutung einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie wecken, damit Jugendliche die Bedeutung von Abwehrrechten, von Gewaltenteilung, individueller Freiheit und Wahlen als Möglichkeit des gewaltlosen Regierungswechsels erkennen. Dieser Anspruch richtet sich insbesondere an Schulen. Für die Lehrpläne ebenso wie für die Inhalte des Unterrichts und die Lehrpersonen ist eine Ausrichtung an den Maßstäben der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unabdingbar. Dabei müssen Konzepte von persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Freiheit, von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und pluralis-

tischer Demokratie die Grundlage der Bewertung von Systemen bilden. Schulunterricht darf nicht – wie nicht wenige Lehrer und Zeithistoriker behaupten – prinzipiell „ergebnisoffen“ sein; dies sollte er nur in dem normativen Rahmen sein, den die freiheitlich-demokratische Grundordnung absteckt.

Dass sich Engagement bisweilen auch kontraproduktiv auswirken kann, zeigen zum Beispiel Gedenkstättenbesuche. Eingebettet in eine Vor- und vor allem in eine Nachbereitung, die den Schülern eine Einordnung und Verarbeitung des Gesehenen und Gehörten erlaubt, können solche Besuche ein wertvoller Beitrag zur politisch-historischen Bildung sein. Werden jedoch mehrere Gedenkstättenbesuche beispielsweise in das enge Zeitkorsett einer Klassenfahrt gedrückt, ist vielen Jugendlichen eine angemessene Verarbeitung der dargebotenen Informationen nicht möglich. In der entstehenden Verwirrung können Informationen verfälscht oder falsch zugeordnet werden oder es entwickelt sich eine Verweigerungshaltung – zumal die politische Bildung nur für wenige Jugendliche zu den Höhepunkten einer Klassenfahrt zählt. Ein strukturierter Geschichtsunterricht kann hier unter Umständen mehr bewirken. Verlässliche Normalität ohne Ausnahmen, ohne „Action“ und „Highlights“ mag unmodern sein, bedeutet jedoch nicht, dass diese Form von Unterricht schlecht ist, im Gegenteil: Manchmal kann weniger mehr sein.

Um die Defizite im zeitgeschichtlichen Wissen zu mindern, sollten folgende Punkte stärker in den Blick genommen werden:

- Stärkere Beachtung der Grundlegung der freiheitlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft als Garanten für die soziale und politische Stabilität in der alten Bundesrepublik im Schulunterricht und im öffentlichen Diskurs;
- Wertorientierte Vermittlung von Kenntnissen in der Schule;
- Erstellung von Materialien für den Schulunterricht und die politische Weiterbildung, die einen Vergleich zwischen Demokratien und Diktaturen, aber auch einen Diktaturenvergleich ermöglichen sowie von Materialien und Unterrichtsformen (z.B. Planspielen, Projektwochen), die das Verständnis für historische Zusammenhänge und Abläufe sowie deren Folgen fördern;
- Mehr Berücksichtigung von Migrantenkindern und ihrem „Geschichtsbewusstsein“ im Schulunterricht;
- Besuche von Trägern der politischen Bildung und Weiterbildung in Schulen, um mittels Zeitzeugen, Planspielen und Vorträgen von Wissenschaftlern die Bildung eines Geschichtsbewusstseins bei Lehrern und Schülern zu fördern;
- Streitgespräche zu zeitgeschichtlichen Kontroversen;
- In Gedenkstätten: Einordnung des Themas in den historischen Hintergrund und Bewertung mit den Maßstäben der freiheitlich-demokratischen Grundordnung; Vermeidung von „Gedenkstättenhopping“ in Berlin mit seinen vielen NS- und DDR-Gedenkstätten;
- Vor- und vor allem Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen; stärkere Thematisierung des historischen Hintergrunds, der normativen Bewertungen sowie der Bezüge zu abstrakten und gegenwärtigen Fragestellungen;

- Einordnung der Verbrechen des Nationalsozialismus als Folge einer rassistischen und antiliberalen Ideologie und der darauf fußenden Diktatur;
- Intensivierung des öffentlichen Diskurses über den Diktaturcharakter der DDR (Medien, Wissenschaft etc.);
- Einordnung der Stasi, des Grenzregimes etc. in den Gesamtrahmen der sozialistischen Diktatur, stärkere Betonung der Rolle der kommunistischen Partei – SED – und ihres Versuchs, eine neue Gesellschaft und einen „neuen Menschen“ zu schaffen;
- Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus und Extremismus – ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden – sowie Verknüpfung mit ihren jeweiligen historischen Bezügen.

- 1| Schroeder 2008
- 2| Schroeder 2012
- 3| Schroeder 2012, S. 273 ff.
- 4| Ebd.
- 5| Ebd., S. 325 ff.
- 6| Ebd., S. 358
- 7| Ebd., S. 371 ff.
- 8| Schroeder 2016, S 275 ff.
- 9| Schroeder 2012, S. 426 ff.

## Literatur

- *Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München / Stamsried 2008.*
- *Schroeder, Klaus: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen, Frankfurt/Main u.a. 2012 (zusammen mit: Monika Deutz-Schroeder / Rita Quasten / Dagmar Schulze Heuling).*
- *Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2015.*
- *Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 2016.*

## Autoren

*Prof. Dr. Klaus Schroeder*

*Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat; Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin*

*Monika Deutz-Schroeder*

*Externe Mitarbeiterin im Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin*

## Lektorat und Bearbeitung

*Jenny Kahlert*

*Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Konrad-Adenauer-Stiftung*

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Norbert Arnold**

*Teamleiter Bildungs- und Wissenschaftspolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3504*

*E-Mail: [norbert.arnold@kas.de](mailto:norbert.arnold@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-319-8*

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite  
© WoGi/fotolia.com